

Antrag A 03: Afuera - Deutschland entfesseln

Laufende Nummer: 272

Antragsteller*in:	Roland Fink (KV Karlsruhe-Land)
Unterstützer*innen:	Anja Widenmann (KV Ravensburg), Helena Herzig (KV Ludwigsburg), Julian Simon Grünke, Matthias Mand, Maximilian Sigmund, Patrick Konopka (KV Konstanz), Patrick Leismann (KV Schwarzwald-Baar), Prof. Dr. Peter A. Henning (KV Karlsruhe-Land), Sebastian Weber (KV Karlsruhe-Land)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Antrag

1 Deutschland steht sich selbst im Weg. Die weiterhin vorhandenen Stärken der deutschen
2 Volkswirtschaft werden durch Bürokratismus und die Idee vom Staat als besseren
3 Unternehmer ausgebremst. Der deutsche Staat ist schwach, weil er seine Kernaufgaben
4 des Setzens und Sicherns von Regeln des Zusammenlebens vernachlässigt und stattdessen
5 in Märkte und Lebenswelten der Bürgerinnen und Bürger interveniert. Dabei überfordert
6 er auch sich selbst mit endloser Bürokratie: Neben Bürgerinnen und Bürgern sowie
7 Unternehmen ist auch der Erfüllungsaufwand des öffentlichen Sektors gigantisch.
8 Wir Freie Demokraten Baden-Württemberg fordern daher einen umfassenden
9 Befreiungsschlag.

10 **Subventionsdenken beenden**

11

12

13 Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Höhe an Subventionen in Deutschland,
14 sowie die Vielzahl der Förderprogramme viel zu hoch sind. Diese sind daher umfassend
15 zu beenden.

16 Die Initiative zur raschen Streichung von Subventionen sollte breit angelegt sein, um
17 gefühlten Ungerechtigkeiten gegenüber einzelnen Interessensgruppen entgegenzuwirken.

18 Subventionen, deren sofortige Streichung nicht umsetzbar ist, sind degressiv
19 auszugestalten, so dass die Fördersumme mit jedem Jahr sinkt.

20 Im Fall von Steuervergünstigungen ist bei Rücknahme oder Absenkung im gleichen
21 Finanzierungsvolumen der Einkommensteuerfreibetrag anzuheben.

22 **Konsequent deregulieren**

23 Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz
24 zu machen.

25 Das Bürokratieentlastungsgesetz IV war ein wichtiger Schritt in die richtige
26 Richtung. Allerdings steuerten über 90% des Entlastungsvolumens die FDP-geführten
27 Ministerien bei, in sämtlichen anderen Bereichen sind noch große Potentiale zu heben.

28 In einem ersten Schritt sind folgende Regelungen ersatzlos zu streichen bzw. bis zur
29 Streichung evtl. relevanter EU Vorgaben auf die europäischen Mindestanforderungen zu
30 reduzieren:

- 31 • Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz
- 32 • Entgelttransparenzgesetz

- 33 • Beschäftigtendatengesetz
- 34 • Mindestlohndokumentationspflichtenverordnung
- 35
- 36 • Solidaritätszuschlaggesetz
- 37 • Bildungszeitgesetz
- 38 • Erneuerbare-Wärme-Gesetz
- 39 • Landestariftreue- und Mindestlohngesetz
- 40 • Energieeffizienzgesetz (EnEfG)

41 Daneben ist die sogenannte Mietpreisbremse abzuschaffen. Die Einführung eines
42 Tariftreuegesetzes des Bundes lehnen wir ab.

43 Art. 15 des Grundgesetzes ist durch ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft zu
44 ersetzen, da diese die einzige Wirtschaftsform ist, welche mit den Grundrechten des
45 Grundgesetzes kompatibel ist.

46 Auf EU-Ebene hat unter Kommissionspräsidentin von der Leyen (CDU) die Bürokratie
47 weiter massiv zugenommen. Auch hier ist ein konsequentes Umsteuern notwendig. In
48 einem ersten Schritt ist auf die ersatzlose Streichung von Taxonomie,
49 Entwaldungsverordnung, Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung,
50 Lieferkettenrichtlinie, Energieeffizienzrichtlinie (EED), Fluggastdatenspeicherung
51 und Flottengrenzwerten hinzuwirken.

52 Auf EU-Ebene hat unter Kommissionspräsidentin von der Leyen (CDU) die Bürokratie
53 weiter massiv zugenommen. Auch hier ist ein konsequentes Umsteuern notwendig. In
54 einem ersten Schritt ist auf die ersatzlose Streichung von Taxonomie,
55 Entwaldungsverordnung, Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung,
56 Lieferkettenrichtlinie, Fluggastdatenspeicherung und Flottengrenzwerten hinzuwirken.

57 **Ehrenamt stärken – Bürokratie abbauen**

58 Das Ehrenamt ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft und verdient
59 gezielte Entlastungen. Neben Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen leiden auch Vereine
60 unter der wachsenden Bürokratielast. Wir Freie Demokraten Baden-Württemberg fordern:

- 61 • **Befreiung kleiner Vereine:** Vereine mit weniger als 1.000 Mitgliedern sollen von
62 der Pflicht, einen Datenschutzbeauftragten zu benennen, ausgenommen werden.
- 63 • **Bürokratiebefreiung für Vereine:** Verfahren wie das Beglaubigen von Protokollen
64 müssen vereinfacht oder gänzlich abgeschafft werden.

65 **“Made in Germany” statt “German free” in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie**

66 Die überbordende deutsche Rüstungskontrolle führt dazu, dass der Begriff “German
67 Free” inzwischen zum Werbeslogan für Rüstungsprodukte ohne deutsche Komponenten
68 geworden ist. Die Sicherheitsindustrie als Grundpfeiler von Europas äußerer
69 Sicherheit ist durch diese Abschottung unnötig teuer und nicht dauerhaft
70 existenzfähig.

71 Die langsame, bürokratische, ideologisch überfrachtete und für die beteiligten
72 Staaten und Unternehmen unberechenbare Bearbeitungspraxis von Ausfuhrgenehmigungen
73 durch den federführenden Bundeswirtschaftsminister und den Bundessicherheitsrat
74 belastet das Verhältnis zu unseren europäischen Freunden und Nachbarn. Dieser

75 deutsche Sonderweg hat bisher die Schaffung eines starken EU-Rüstungsbinnenmarkts
76 verhindert, der jedoch für die Schaffung einer sicherheits- und
77 verteidigungspolitisch starken und souverän handlungsfähigen EU unabdingbar ist.

78 Deutschlands Waffenausfuhrkontrollinstrumente müssen von Grund auf überarbeitet und
79 auf das Leitprinzip gegenseitigen Vertrauens unter Verbündeten und internationalen
80 Sicherheitspartnern aufgebaut werden.

81 Ein neues Rüstungsexportkontrollgesetz muss zu weitreichenden Entlastungen im
82 Vergleich zu den bisherigen Rüstungsexportkontrollen führen und Beschränkungen bei
83 Exporten in EU-/NATO- und NATO-gleichgestellte Länder grundsätzlich beseitigen. Die
84 Liste der NATO-gleichgestellten Länder ist weitreichend um Werte- und
85 Interessenspartner zu ergänzen. Besonders Israel wollen wir bei Lieferanfragen
86 zukünftig mit NATO-Mitgliedern gleichbehandeln. Israel muss sich auf Deutschlands
87 Unterstützung verlassen können. Die seitens des Wirtschaftsministeriums und des
88 Auswärtigen Amts gegenüber Israel praktizierte Verzögerungstaktik bei dringend
89 benötigten Lieferungen muß beendet werden. Es darf zukünftig keine Herausforderung
90 mehr sein, in Länder, die unsere friedlichen, freiheitlich-demokratischen Werte
91 teilen, zu exportieren.

92 Bei der Endverbleibskontrolle ist eine zügigere und exportfreundlichere
93 Genehmigungspraxis zu etablieren. Es ist darüber hinaus unverzüglich zu definieren,
94 dass das "überragende öffentliche Interesse" an Deutschlands Verteidigungsfähigkeit
95 sich auch auf den Auf- und Ausbau der deutschen Sicherheitsindustrie bezieht. Bei der
96 Reform unserer Genehmigungspraxis brauchen wir zukünftig besonderes Augenmerk auf
97 Erleichterungen für europäische bzw. grenzüberschreitende Rüstungsprojekte wie z.B.
98 die deutsch-französischen Pläne für FCAS (Nachfolge Eurofighter) und MGCS
99 (Kampfpanzer) und andere gemischtnationale Projekte Rüstungsentwicklung, insbesondere
100 zwischen NATO-Mitgliedern.

101 **Privatisierungsoffensive fortsetzen**

102 Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Staatliche Unternehmensbeteiligungen
103 stellen in vielen Fällen eine massive Wettbewerbsverzerrung dar - der Staat agiert
104 gleichzeitig als Regelsetzer, Schiedsrichter und Mitspieler. Interessenkonflikte sind
105 so unvermeidbar.

106 Die FDP hat in ihrer Regierungsbeteiligung im Bund bereits wichtige
107 Privatisierungsimpulse gesetzt, beispielsweise durch den Veräußerungsprozess der DB
108 Schenker AG und den Verkauf von Anteilen an Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG und
109 Commerzbank AG.

110 Staatliche Beteiligungen des Bundes müssen auch weiterhin auf ihre zwingende
111 Notwendigkeit überprüft werden und, wo diese nicht gegeben ist, veräußert werden. Im
112 ersten Schritt sind die verbleibenden Anteile an Deutsche Post AG und Deutsche
113 Telekom AG kapitalmarktschonend abzustoßen. Bei der Deutschen Bahn sollten im Sinne
114 konsequenter Trennung von Netz und Betrieb perspektivisch nur die DB InfraGO AG
115 einschließlich noch in diese zu integrierende infrastrukturnahe Sparten wie DB
116 Energie GmbH im Staatsbesitz verbleiben.

117 Auch das Land Baden-Württemberg hält Anteile an knapp 100 Unternehmen. Seitdem die
118 FDP hier nicht mehr an der Regierung beteiligt ist, findet keine ernsthafte
119 Überprüfung auf zwingende Notwendigkeit mehr statt. Diese ist unverzüglich

120 anzustoßen. In einzelnen Fällen bietet sich auf Landesebene neben der Veräußerung
121 auch die Überführung in eine Stiftung an (z.B. Badische Staatsbrauerei Rothaus AG)

122 **Entwicklungszusammenarbeit inhaltlich und organisatorisch neu aufstellen**

123

124 Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wollen
125 wir mit dem Auswärtigen Amt (AA) fusionieren, zur Schaffung eines handlungs- und
126 schlagkräftigen Außenauftritts Deutschlands. Anders als alle Mitglieder der EU und der
127 G7 leistet sich Deutschland zwei getrennte Ministerien für unser Handeln in der Welt.
128 Das ist sowohl politisch als auch unter Kostengesichtspunkten ineffizient. Statt
129 Ressortstreit und unabgestimmtem Handeln im Ausland brauchen wir politisch klare
130 Entscheidungsstränge und das ist nur mit einer Zusammenlegung beider Ressorts zu
131 erreichen, mit einer starken entwicklungspolitischen Durchführungsagentur unter dem
132 Dach des weisungsgebenden Außenministeriums, so wie es z.B. die USA mit USAID,
133 Norwegen mit NORAD, Schweden mit SIDA, Dänemark mit DANIDA und die Schweiz mit der
134 DEZA seit langem erfolgreich praktizieren. Dadurch ist gewährleistet, dass
135 entwicklungspolitische Instrumente außenpolitischen Entscheidungen folgen und
136 Deutschlands Einfluss sehr viel strategischer und gezielter eingesetzt werden kann,
137 als es AA und BMZ heute tun.

138 Als Freie Demokraten stehen wir für eine Entwicklungspolitik, die gleichermaßen
139 deutsche Interessen vertritt und andere Staaten bei der Erreichung der SDGs
140 unterstützt. Dabei setzen wir nicht auf Belehrungen, moralischen Zeigefinger oder
141 Genderetiketten, sondern auf respektvolle Kooperation mit den Staaten des Globalen
142 Südens. Deutschland hat einen sehr guten Ruf in vielen Teilen der Welt, der wiederum
143 eine Eintrittspforte für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist. Echte Armutsbekämpfung
144 gelingt am besten durch wirtschaftliche Investitionen und eine florierende
145 Volkswirtschaft mit rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen. Globalisierung und
146 Freihandel haben dem globalen Süden enorme Entwicklungschancen gebracht. Wir setzen
147 vor diesem Hintergrund auf Marktöffnung, Handels- und Investitionsabkommen. Für die
148 Erreichung der UN-Entwicklungsziele brauchen wir weniger Dirigismus und mehr
149 wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit. Dies ist umso wichtiger, als China
150 als systemischer Rivale des Westens enorm an Einfluss gewonnen hat und strategisch
151 immer mehr Staaten Afrikas, Lateinamerikas, Asiens und Ozeaniens durch verlockende
152 Infrastrukturangebote in ein fatales Abhängigkeitsverhältnis bringt. Wir Freie
153 Demokraten treten deshalb mit Nachdruck dafür ein, handelspolitische Barrieren
154 zwischen den Staaten des Globalen Südens und der EU abzubauen und die wirtschaftliche
155 Zusammenarbeit mit diesen Partnern durch Freihandelsabkommen ganz entscheidend zu
156 erleichtern. Wir begrüßen die Unterzeichnung von MERCOSUR und fordern seine zügige
157 Verabschiedung als EU-Only-Abkommen durch das Europäische Parlament und den
158 Ministerrat. Mehr solcher Freihandelsabkommen sind der beste Weg wirtschaftlicher
159 Zusammenarbeit. Dieser Weg wird jedoch nur gelingen, wenn wir Verhandlungen über
160 Handelsabkommen, wie z.B. das mit Indien, nicht ständig mit sozial-,
161 verbraucherschutz- oder umweltpolitischen Auflagen überfrachten.

162 Weitere wichtige inhaltliche Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit sind
163 für uns Freie Demokraten z.B. die Bereiche Fachkräftegewinnung, Zugang zu Rohstoffen,
164 strukturelle Fluchtursachenbekämpfung, Rücknahme abgelehnter Asylbewerber, Eindämmung
165 des Einflusses neo-imperialistischer Akteure wie Russland und China aber auch die

166 Bekämpfung von Armut.

167

168

169

170 **BMFSFJ abwickeln**

171 Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ist
172 abzuschaffen. Die aus dem Etat des BMFSFJ finanzierten Sozialleistungen sind in den
173 Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu überführen,
174 Zuständigkeiten mit Bildungsbezug in das Bundesministerium für Bildung und Forschung.
175 Dabei muss auf eine Vereinfachung der bisherigen Leistungskataloge von BMAS und
176 BMFSFJ sowie die Beseitigung von Fehlanreizen hingewirkt werden. Die systematische
177 Finanzierung von „Nichtregierungsorganisationen“ aus dem Staatshaushalt ist zu
178 stoppen.

179 **BMWSB abwickeln**

180 Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) ist ersatzlos
181 abzuschaffen. Es steht symptomatisch für die Missachtung des Subsidiaritätsprinzips
182 durch den Bund, für Überregulierung und Planwirtschaft.

183 **ÖRR verschlanken und fokussieren**

184 Der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk (ÖRR) ist auch künftig zur Sicherung der
185 informationellen Grundversorgung nötig. Dieser Aufgabe kommt er heute nur sehr
186 eingeschränkt nach. Der ÖRR steckt in einer Vertrauenskrise. Dabei hat er gerade in
187 Zeiten von Polarisierung und Desinformation den wichtigen Auftrag, glaubhaft und
188 breit zu informieren.

189 Der ÖRR muss sich auf seinen Bildungs- und Informationsauftrag konzentrieren. Dazu
190 gehören vor allem die Programmfelder Nachrichten, Kultur, Bildung und
191 Dokumentationen. Die Berichterstattung muss ausgewogen, politisch neutral und
192 regional differenziert sein sowie ein breites gesellschaftliches Spektrum abdecken.

193 Daneben sind Doppelstrukturen konsequent zu beseitigen, so ist das ZDF in das
194 überregionale Angebot der ARD zu überführen. Durch Strukturreformen und die
195 Privatisierung von Unterhaltungsangeboten ist das Budget des ÖRR zu reduzieren.

196 **Klimaschutz auf Wirksamkeit fokussieren**

197 Wir bekennen uns zum 1,5 Grad Ziel des Pariser Klimaabkommens und zum Ziel einer
198 ökologischen Marktwirtschaft. Wir setzen auf Klima- und Umweltschutz durch
199 marktwirtschaftliche Instrumente. Aufgrund des europäischen Binnenmarkts und des
200 Europäischen Emissionshandels sind die nationalen Klimaziele allerdings dem
201 Klimaschutz abträglich. Daher müssen die nationalen Klimaziele innerhalb der EU durch
202 gemeinsame europäische Klimaziele ersetzt werden. Die Nachweis- und Berichtspflichten
203 des Green Deals sind auf die für ETS, ETS 2 und LULUCF-Verordnung zwingend
204 notwendigen Pflichten zu reduzieren.

205 Es ist nicht die Aufgabe des Staates, den besten Weg zum Klimaschutz aufzuzeigen und
206 diesen zu finanzieren. Das Gebäudeenergiegesetz wurde zwar durch die FDP massiv
207 entschärft und ist heute besser als die entsprechende Gesetzgebung der Großen
208 Koalition. Dennoch wäre es noch sinnvoller, den Europäischen Emissionshandel, der mit

209 dem ETS 2 ab 2027 ohnehin auch auf den Bereich Wärme ausgedehnt wird, voll zur
210 Geltung kommen zu lassen und die Einnahmen jährlich als Pro-Kopf-Klimageld an die
211 Bürgerinnen und Bürger zurückzuerstatten.
212 Sämtliche Fördermittel und Steuervergünstigungen im Wirkungsbereich von ETS und ETS 2
213 sind ersatzlos zu streichen. Gleiches gilt für den Wirkungsbereich des BEHG, sobald
214 dieses in die Marktphase übertritt. Für letzteres ist eine umfassende Steuerreform
215 nötig, da Privilegien in einem Besteuerungsbereich heute häufig mit Benachteiligungen
216 in einem anderen Besteuerungsbereich einhergehen.

Begründung

Erfolgt mündlich.